

TÜRKEI

Brüssel beobachtet Pamuk-Prozess

Das Verfahren gegen den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk, 53, das am Freitag in Istanbul beginnen soll, gilt in der Europäischen Union als Testfall für die Reformfähigkeit der Türkei. Vor einem Bezirksgericht der Bosphorus-Metropole muss sich der jüngst mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrte Literat für die angebliche „Herabsetzung des Türkentums“ verantworten. Unter Berufung auf Artikel 301 des Strafgesetzbuches will die Staatsanwaltschaft Pamuk dafür belangen, dass er öffentlich gesagt hatte, im Osmanischen Reich seien eine Million Armenier umgebracht worden. Eifrige türkische Nationalisten weisen diesen – historisch belegten – Vorwurf ebenso empört zurück wie Pamuks zweite Aussage: Im Konflikt zwischen dem türkischen Militär und den Kurden seien 30 000 Angehörige dieser Minderheit getötet worden. Brüssels Erweiterungskommissar, Olli Rehn, hält allein die Anklage Pamuks für „eine Schande“, eine Verurteilung wäre erst recht „eine Provokation“. Für den Finnen verstößt der Artikel 301 gegen die im europäischen Recht verankerte Meinungs-



Schriftsteller Pamuk

freiheit und verträgt sich ebenso wenig mit den hohen Ansprüchen an eine europäische Gesetzgebung wie der umstrittene Artikel 305 („Handeln gegen nationale Interessen“). Bei der Justizreform, die Brüssel als Voraussetzung für die Beitrittsverhandlungen im Oktober verstand, hatte die islamisch-konservative Regierungspartei AKP von Premier Recep Tayyip Erdogan auf beide Bestimmungen nicht verzichten wollen. Eine willkürliche Auslegung, so versprach Ankara den Europäern, werde es schon nicht geben. Inzwischen versuchen aber nationalistische Kreise, etliche liberale Vordenker wie Pamuk mit dem Paragraphen einzuschüchtern.

Der Schriftsteller ist zuversichtlich, dass er ohne Strafe davonkommt: „Die Anklage ist nicht nur dünn, sondern auch voller Rechtsfehler“, so Pamuk zum SPIEGEL. Zudem sieht er weite Teile der türkischen Bevölkerung hinter sich: „Die Menschen wollen nicht mehr, dass ihre Schriftsteller ins Gefängnis geschickt werden.“ Im Falle einer Verurteilung sehen EU-Diplomaten in Ankara Premier Erdogan unter Druck: „Die Regierung kann nicht einfach zusehen, wie Urteile gefällt werden, die dem Geist von Reformen zuwiderlaufen.“ Erweiterungsexperten in Brüssel sind denn auch sicher, dass beide Willkürartikel die harten Beitrittsverhandlungen nicht überleben.



Armenische Opfer eines Massakers (1915)

DIPLOMATIE

Asiate soll Uno führen

Peking hat mit seiner Forderung, der nächste Uno-Generalsekretär müsse ein Politiker aus Asien sein, das Kandidatenkarussell für die Nachfolge von Kofi Annan Ende kommenden Jahres in Schwung gebracht. Gewählt wird der Uno-Chef zwar von der Vollversammlung, doch ständige Mitglieder im Sicherheitsrat wie China besitzen ein Vorschlagsrecht. Und so kungeln Asiens Diplomaten hinter den Kulissen bereits den chancenreichsten Bewerber aus. Im Gespräch ist Thailands Vizepremier und früherer Außenminister Surakiart Sathirathai, der von der südostasiatischen

Staatengemeinschaft Asean unterstützt wird. Auch Russland und China sollen den Juristen favorisieren. Allerdings könnten Frankreich und Großbritan-



Surakiart Sathirathai, Uno-Chef Annan

nien, gleichfalls ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, gegen den Thailänder stimmen, weil Bangkok enge Beziehungen zum burmesischen Militärregime pflegt. Konkurrent des Thailänders ist der Friedensunterhändler Jayantha Dhanapala aus Sri Lanka, der bis 2003 als stellvertretender Uno-Generalsekretär für Entwaffnung zuständig war. Auch Südkorea erwägt einen Bewerber ins Rennen zu schicken – vermutlich Außenminister Ban Ki-Moon. Im Gespräch ist ebenfalls der osttimoresische Außenminister José Ramos Horta, der vor der Uno für die Unabhängigkeit seines Landes gekämpft hat. Sicher dürfte sein, dass nach dem Vorstoß Chinas die Chancen für Bewerber von anderen Kontinenten stark gesunken sind.